

Antrag der Fraktion der CDU**Hilfe für Opfer von häuslicher Gewalt**

In Bremen und Bremerhaven gibt es eine hohe Zahl von misshandelten und missbrauchten Frauen, die häusliche Gewalt erfahren müssen. Allein im Jahre 2016 gab es bis zum 3. Quartal bereits über 1 500 Fälle von häuslicher Gewalt. Die Delikte reichten von der vorsätzlichen einfachen Körperverletzung (732 Delikte), Bedrohung (223 Delikte), gefährlicher und schwerer Körperverletzung (187) und Vergewaltigung (15), bis hin zu Tötungsdelikten (fünf Delikte). Verbale und psychische Gewalt sind ebenso folgenschwer wie körperliche Gewalt. Überwiegend trifft Gewalt in Partnerschaften Frauen, es gibt aber auch Männer, die von körperlicher und psychischer Partnerschaftsgewalt betroffen sind, für die es kaum Hilfsangebote gibt.

Die Geschädigten geben häufig an, dass es sich bei den Gewalttaten nicht um den ersten Übergriff auf sie gehandelt hat. Allerdings wird darüber selten gesprochen.

Die Anzeigebereitschaft und Aufklärungsrate bei solchen Gewaltstraftaten ist gering. Dies ist insbesondere dem Umstand geschuldet, dass bei der häuslichen Gewalt meistens keine Augenzeugen dabei sind und die Opfer selbst im Nachhinein nicht mehr aussagen möchten, ob aus Angst oder auch oft nachdem sie sich mit dem gewalttätigen Partner wieder versöhnt haben.

Von Gewalt Betroffene fühlen sich aber auch oft allein gelassen und schämen sich für das, was ihnen angetan wird. Auch der Schutz ihrer Kinder ist ihnen wichtiger als eine konsequente Bestrafung der Täter. Wir haben es in diesem Zusammenhang daher auch mit einem enormen Dunkelfeld zu tun, die Zahl liegt schätzungsweise bei 30 %. Ein Ziel müsste daher sein, auch im Sinne einer Förderung der Rechtsstaatlichkeit, die Opfer häuslicher Gewalt darin zu unterstützen, erlebte Gewalttaten auch zur Anzeige zu bringen. Dies erfordert nicht zuletzt eine eng abgestimmte Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in staatlichen und nicht staatlichen Institutionen. Sowohl den Tätern, aber natürlich insbesondere den Opfern von häuslicher Gewalt muss geholfen werden. Sie dürfen sich in ihrer Situation nicht hilflos und alleine gelassen fühlen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) setzt sich für eine bessere Ausstattung der Hilfsprojekte für Opfer von häuslicher Gewalt ein.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, neben den individuell angemessenen harten strafrechtlichen Konsequenzen, dafür Sorge zu tragen, dass die Täter an geeigneten Maßnahmen wie Anti-Aggressionskursen, Täter-Opfer-Ausgleichen und/oder psychologischen Beratungsgesprächen teilnehmen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Studie Dunkelfelderhellung von Fällen häuslicher Gewalt in Auftrag zu geben.

Wilhelm Hinners, Dr. Oguzhan Yazici, Birgit Bergmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU